



N i e d e r s c h r i f t

über die VIII/010/JHA Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Jugendhilfeausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 22.06.2011

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:25 Uhr

Anwesend:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Hackel
Herr Roman Lang
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion Peto

Frau Jana Lang
Frau Brinja Noth
Frau Lisa Riedel

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Thomas Heinen
Herr Alexander Schumacher

Vertretung der Jugendverbände

Herr Robert Eiteneuer

Vertretung der Wohlfahrtsverbände

Frau Maritta Dykmanns
Frau Daniela Prehn

Vertretung für Frau Helga Schmidt

berat. Mitglieder (§ 5 AG KJHG)

Frau Annette Berg
Herr Frank Busch
Frau Kamile Cengiz
Herr Heinz Eichstädt
Herr Achim Hindrichs
Herr Markus Jöbstl
Herr Roland Liebermann
Herr Reinhard Peters
Herr Andreas Wohlgemuth

Vertretung für Frau Elisabeth Baur

Schriftführerin

Frau Petra Henn

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmler

Vertretung der Jugendverbände

Herr Peter Rischard

Vertretung der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Schmidt

berat. Mitglieder (§ 5 AG KJHG)

Frau Elisabeth Baur

Frau Brigitta Kubsch-von Harten

Frau Monika Mulders

Frau Beate Pütz

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
4. Mündlicher Bericht Mo.Ki
5. Mitteilung über die Ausführung der Beschlüsse (Sitzung 14.04.11) VIII/0602
6. Vorstellung der neuen ASD - Leitung
7. Entwicklungsplanung städtische Kinderspielplätze 2011_2012 VIII/0598
8. Bericht zur Arbeit der "Spielplatz-Scouts" VIII/0599
9. Konzept Ulla-Hahn-Haus VIII/0606
10. Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule (OGS) VIII/0570
11. Anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung VIII/0610
- Durchführung einer Elternbefragung -

- 12. Mündliche Mitteilungen
 - 12.1. Mitteilung von Frau Riedel
 - 12.2. Mitteilungen von Frau Berg
 - 12.3. Mitteilung von Herrn Serafin
- 13. Mündliche Anfragen
 - 13.1. Anfrage von Herrn Eichstädt
 - 13.2. Anfrage von Herrn Schumacher

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird übereinstimmend geändert. Eingefügt wird unter Pkt. 5 die Vorstellung der neuen ASD-Leitung, die Vorlagen VIII/0598 (Entwicklungsplanung städt. Spielplätze) und VIII/0599 (Bericht Spielplatz-Scouts) werden unter Pkt. 7 und 8 behandelt.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Die Niederschrift der letzten Sitzung ist noch nicht fertig gestellt.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner, Fragen werden nicht gestellt.

4 Mündlicher Bericht Mo.Ki

Protokoll:

Frau Berg teilt mit, dass inzwischen alle Kindertagesstätten im Berliner Viertel zu Familienzentren rezertifiziert worden seien. Weiterhin sei Mo.Ki mit guter Resonanz auf dem Stuttgarter Jugendhilfetag präsentiert worden.

**5 Mitteilung über die Ausführung der Beschlüsse (Sitzung 14.04.11)
Vorlage: VIII/0602**

Protokoll:

Die Mitteilung über die Ausführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

6 Vorstellung der neuen ASD - Leitung

Protokoll:

Herr Wohlgemuth, neue Leitung des Allgemeinen Sozialen Dienstes, stellt sich vor.

7

Entwicklungsplanung städtische Kinderspielplätze 2011_2012
Vorlage: VIII/0598

Protokoll:

Herr Serafin, Frau Frey und Herr Hein von der Verwaltung führen in die Vorlage ein.

Herr Schumacher fragt nach, wie das Konzept des Ganzjahresbetriebes des Abenteuerspielplatzes ohne winterfeste Unterkünfte umgesetzt werden würde.

Frau Frey erläutert, dass mehr als die vorgestellte Variante aufgrund der finanziellen Situation der Stadt nicht möglich sei.

Herr Schumacher schlägt vor, evtl. Drittmittel einzusetzen. Herr Hein ergänzt, dass durch Mittel von Sponsoren oder anderen Dritten die Zuschüsse der Bezirksregierung gekürzt werden würden.

Beschlussempfehlung

Die vorgelegte Entwicklungsplanung 2011/2012 für die städtischen Kinderspielplätze soll gemäß der Sachdarstellung der Verwaltung umgesetzt werden.

einstimmig zugestimmt

8

Bericht zur Arbeit der "Spielplatz-Scouts"
Vorlage: VIII/0599

Protokoll:

Herr Serafin führt in die Vorlage ein.

Die Spielplatz-Scouts Frau Marenke und Herr Tonert beantworten Fragen aus dem Ausschuss.

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

9 **Konzept Ulla-Hahn-Haus**
Vorlage: VIII/0606

Protokoll:

Frau Gerhard, Koordinatorin des Ulla-Hahn-Hauses erläutert das Konzept und berichtet über die laufenden und begonnenen Projekte.

Herr Schumacher schlägt vor, das Konzept zu dessen Unterstützung zu beschließen anstatt es nur als Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. Nach Diskussion entscheidet der Ausschuss dagegen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

10 **Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule (OGS)**
Vorlage: VIII/0570

Protokoll:

Frau Berg führt in die Vorlage ein.

Herr Schumacher bemerkt, dass ursprünglich neu einzurichtende Gruppen ohne zusätzlich entstehende Kosten für die Stadt waren und fragt nach, was sich geändert hätte.

Herr Trost antwortet, dass die freien Träger aufgrund ihrer finanziellen Lage ohne Mehrbelastung der Stadt die Kosten nicht tragen könnten. Die Mehrkosten seien mit dem Kämmerer abgestimmt.

Beschlussempfehlung

1. Die Entwicklungsplanung für die Schuljahre 2011/2012 bis 2013/2014 wird - unter der Voraussetzung, dass
 - a) das Land Nordrhein-Westfalen sich mindestens im bisher festgeschriebenen Umfang an den Kosten der OGS beteiligt und
 - b) die dafür erforderlichen Investitionsauszahlungen im Teilfinanzplan B veranschlagt sind und die Investitionsdringlichkeitsliste für das jeweilige Haushaltsjahr durch die Aufsichtsbehörde genehmigt ist- in der vorliegenden Form verabschiedet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt die OGS Gruppen analog der vorliegenden Planung in folgenden Schritten auszubauen:
 - Schuljahr 2012/2013 – bis zu 675 Plätze
 - Schuljahr 2013/2014 – bis zu 750 Plätze
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Abschluss der jährlichen Anmeldeverfahren über die Entwicklungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

einstimmig zugestimmt

**11 Anlassbezogenen Schulentwicklungsplanung
- Durchführung einer Elternbefragung -
Vorlage: VIII/0610**

Protokoll:

Der Fragebogen (Anlage 1 der Vorlage) wurde vorab an die Ausschussmitglieder verteilt.

Frau Berg und Herr Trost führen in die Vorlage ein.

Herr Trost ergänzt, dass sich für die Versorgung der 17 Eingangsklässler mit Hauptschulempfehlung eine Lösung abzeichnen würde – 12 Kinder seien an der Realschule angemeldet worden, 4 in den Hauptschulen der Stadt Langenfeld und 1 Kind sei verzogen. Für die 12 angemeldeten Kinder an der Realschule sei es möglich, eine Überhangklasse zu bilden, die durch Schulsozialarbeit flankiert werden soll. Für den nächsten BKS sei eine Vorlage dazu in Vorbereitung.

Herr Werner, CDU-Fraktion, macht deutlich, gegen eine Gemeinschaftsschule und für ein weiterhin vielfältiges Schulsystem in Monheim zu sein. Insbesondere fehle derzeit die rechtliche Grundlage für eine Zusammenlegung der Haupt- und Realschule. Es werde seinerseits eine „Resteschule“ befürchtet. Aus der Sicht der Eltern sei eine Anmeldung zur Realschule erfolgt und nicht zu einer anderen, noch zu bestimmenden Schulform. Er begrüße deshalb das Bürgerbegehren der Realschuleltern ausdrücklich.

Eine Lösung bestünde für die CDU-Fraktion aus einer Kombination einer Überhangklasse an der Realschule, einer vermehrten Aufnahme von Kindern an der Gesamtschule und einer Kooperation mit den Hauptschulen in Langenfeld. Es wird ausdrücklich die derzeitige Aufnahmep Praxis der Monheimer Gesamtschule kritisiert, Kinder von Außerhalb aufzunehmen und Monheimer Kinder dafür abzulehnen.

Bezüglich des Fragebogens werde nur zugestimmt, wenn der Adressatenkreis erweitert werden würde. Es sei fraglich, ob es ausreiche, nur die Eltern der 3. und 4. Grundschulklassen zu befragen, evtl. müssten sogar alle Eltern in Monheim be-

fragt werden. Auch sei in Frage 5 nicht deutlich gemacht, dass ein Abitur an einer Gemeinschaftsschule nicht möglich sei.

Herr Trost bittet, den Befragungskreis nicht um die ersten und zweiten Klassen zu erweitern, da es für diese Eltern zu früh sei ohne die Entwicklung der Kinder in der Grundschule zu kennen, eine Entscheidung für die weiterführende Schulform zu treffen.

Herr Liebermann erläutert, dass rechtlich die Frage geprüft wurde, ob die Leitung der Gesamtschule durch die Stadt rechtsverbindlich verpflichtet werden könne, nur Monheimer Kinder aufzunehmen. Nach dem vorliegenden Gutachten der externen Rechtsberatung sei dies auch vor dem Hintergrund obergerichtlicher Rechtsprechung derzeit nicht der Fall. Durch das OVG Münster wurde schon im Jahre 2006 entschieden, dass die Festlegung von Aufnahmekriterien für die Schulen und der Ausschluss auswärtiger Schüler nicht Gegenstände der kommunalen Schulentwicklungsplanung sind.

Herr Werner erwidert, dass es trotz geschilderter Rechtslage sehr wohl möglich sei, mehr einheimische Kinder an der Gesamtschule aufzunehmen, da z.B. dieses Schuljahr 30%, also 43 Kinder von außerhalb aufgenommen wurden. Es ginge nur um eine Umverteilung und nicht um eine generelle Versagung der Aufnahme von Kindern aus anderen Städten.

Herr Liebermann führt aus, dass der Fragebogen in der jetzigen Form auf dem Leitfaden des Landes, der dazugehörigen Rechtsverordnung und der aktuellen Rechtsprechung basiere und empfiehlt keine Ausdehnungen oder Änderungen.

Frau Riedel weist darauf hin, dass sich die örtliche Hauptschule bereits per Gesetz in Auflösung befände und lehnt eine Abweisung der Gemeinschaftsschule ohne Elternbefragung ab, auch verwehrt sie sich gegen eine Abqualifizierung als „Restschule“.

Herr Schumacher, SPD-Fraktion, regt an, den Fragebogen mit mehr als zwei Infoveranstaltungen zu begleiten; wünschenswert wären Veranstaltungen in allen Grundschulen, wenigstens zwei in Monheim, da hier doppelt so viele Schüler wie in Baumberg vorhanden seien. Außerdem werde eine Befragung der betroffenen Eltern in den 3. + 4. Klassen befürwortet.

Frau Cengiz vom Jugendparlament gibt zu bedenken, dass Eltern aus dem Quartier den Fragebogen bzw. Begriffe wie „sonderpädagogischer Förderbedarf“ schwer verstehen könnten. Weiterhin befürwortet sie die Ausdehnung der Befragung auch auf Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschule und eine bessere Information der Schüler.

Herr Trost antwortet, dass die Zahl der Info-Veranstaltungen mit den Grundschulleitungen abgestimmt sei, er sagt aber eine Erweiterung der Veranstaltungen auf zwei in Monheim zu.

Zum besseren Verständnis des Fragebogens werden ausführliche Begleitschreiben und Erläuterungen beigelegt, evtl. wird auch eine Übersetzung für Eltern mit Migrationshintergrund erfolgen. Er betont, dass Schülerinnen und Schüler, die

jetzt die Realschule besuchen, auch dort ihren regulären Realschulabschluss machen können.

Herr Eiteneuer fragt nach, wieso in der fünften Frage die Option Gemeinschaftsschule abgefragt werden würde, obwohl in der Landespolitik noch kein Konzept oder Gesetz vorhanden sei, wie diese Schule gestaltet werden wird.

Herr Trost erklärt, dass derzeit davon ausgegangen werde, dass zum Zeitpunkt der Elternbefragung die hierzu erwartete und auch notwendige gesetzliche Grundlage bereits vorliegt. Ohne jedes Tätigwerden des Gesetzgebers sei eine Befragung in der vorgestellten Form nicht möglich.

Herr Lang, CDU-Fraktion, stellt fest, dass die CDU nicht grundsätzlich gegen die Einführung einer Gemeinschaftsschule sei, sondern nur zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen könne, da auch zukünftig genügend Schüler an der Realschule vorhanden sein werden und die Realschule sehr gute Arbeit leisten würde.

Frau Riedel weist darauf hin, dass der Ausschuss mit dieser Vorlage nicht über die Einführung einer Gemeinschaftsschule entscheiden würde, sondern über die Elternbefragung nur ermittelt werden soll, ob eine solche Schulform überhaupt angenommen werden würde.

Beschlussempfehlung

1.
In der Zeit vom 12.09. bis zum 16.09.2011 werden die Eltern der Kinder in den 3. und 4. Klassen der Monheimer Grundschulen und der Leo-Lionni-Schule (nur Monheimer Kinder) auf Grundlage des als **Anlage 1** beigefügten Fragebogens zu ihrem voraussichtlichen Verhalten bei der Wahl der weiterführenden Schule für ihr Kind/ihre Kinder befragt.

2.
Das Votum der betroffenen Eltern fließt in die anlassbezogene Schulentwicklungsplanung für das Sekundarschulangebot ein.

mehrheitlich zugestimmt
Ja 6 Nein 3 Enthaltung 1

12.1 Mitteilung von Frau Riedel

Protokoll:

Frau Riedel teilt mit, dass die nächste JHA Sitzung im Haus der Chancen und aufgrund von Termenschwierigkeiten des Referenten vom LVR zum Thema Kinderschutzgesetz bereits um 17.00 Uhr stattfinden.

Anmerkung: Das Referat des LVR wird erst im Jahr 2012 terminiert werden können. Daher findet die Sitzung des JHA am 15.9.2011 wie ursprünglich vorgesehen um 18 Uhr im Haus der Chancen statt.

12.2 Mitteilungen von Frau Berg

Protokoll:

Frau Berg teilt mit, dass der Kinder- und Jugendförderplan in einer der Herbstsitzungen vorgelegt werden würde.

Zur Kampagne der Jugendämter „Unterstützung, die ankommt“ sei auch ein Fragebogen zur Servicezufriedenheit ausgelegt worden, die Resonanz sei überwiegend positiv gewesen. Die Auswertung wurde im Ausschuss verteilt. Auch auf dem Stadtfest war ein Infostand zu diesem Thema vorhanden, der gut frequentiert wurde.

Frau Berg kündigt an, dass die Herbstsitzung des JHA ergänzend zur Klausurtagung des JHA am 12.11.11 inhaltlich die Schwerpunkte Hilfe zur Erziehung und Allgemeiner sozialer Dienst haben wird. Herr Meyer von der GEBIT wird in der Klausurtagung am 12.11.11 referieren und über rechtliche Grundlagen aufklären. In der Novembersitzung wird eine Vorlage zu diesem Thema erfolgen.

Bezüglich des Fortbestandes der Jugendwerkstatt sei die Ausschreibung zum Aktivcenter u 25 veröffentlicht, die Ausschreibung sei auf Monheimer Verhältnisse abgestimmt, es werde mit einer Zusage gerechnet. Start der Maßnahme soll der 19.09. sein, die derzeit laufende Förderung werde zum 01.09. enden.

Die Kompetenzagentur könne in der bisherigen Form nicht weitergeführt werden, da aufgrund der gestrichenen Bundesmittel nur noch drei Mitarbeiter im Kreisgebiet finanziert werden könnten und dies kein sinnvolles Angebot mehr sei. Derzeit

seien 75 Fälle in Bearbeitung, es werde intensiv überlegt, wie die Weiterführung der Betreuung ermöglicht werden könne.

Weiterhin fände ab 19.07. bis Frühjahr 2012 eine vierteilige Sprechstunde des Bürgermeisters und der Kinderbeauftragten statt. Der erste Termin fände auf dem „Eierplatz“ statt.

12.3 Mitteilung von Herrn Serafin

Protokoll:

Herr Serafin lädt den Ausschuss zum 8. Monheimer Kindertag am 03.07.11 ein.

13 Mündliche Anfragen

13.1 Anfrage von Herrn Eichstädt

Protokoll:

Herr Eichstädt fragt an, ob im Rahmen des Notinselprojektes auch Einrichtungen angesprochen werden können, die länger als 18.30 Uhr geöffnet hätten und ob bereits Info-Veranstaltungen in den Schulen erfolgt seien.

Herr Serafin erläutert, dass die Aquise der Notinselpartner Aufgabe der Spielplatz-Scouts sei und diese Anregung aufgenommen werden würde.

Die Infoveranstaltungen würden im Herbst stattfinden, wenn ein Netzwerk gebildet worden sei. Derzeit seien 46 Notinselpartner vorhanden.

13.2 Anfrage von Herrn Schumacher

Protokoll:

Herr Schumacher regt an, ob aufgrund der Karnevalszeit ein Alternativtermin zur Klausurtagung am 12.11. gefunden werden könne.

Frau Riedel sagt eine Prüfung zu, gibt aber zu bedenken, dass es schwierig sei einen Termin zu finden, an dem alle Mitglieder verfügbar seien.

Weiterhin bittet er um Aufnahme des Themas Fortbestand Jugendwerkstatt/ Kompetenzagentur auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

Lisa Riedel
Vorsitzende

Petra Henn
Schriftführerin